

das Abkommen erst möglich machte, sind drei Viertel (75 Prozent) der Bildungs-Bürger, dagegen nur 65 Prozent der Volksschüler und 57 Prozent der Absolventen einer Mittel- oder Fachschule.

In einem Punkt allerdings sind Bildungs-Privilegierte wie Unterprivilegierte einer Meinung: 57 Prozent der Volksschüler und 56 Prozent der Ober- und Hochschüler (55 Prozent der Mittel- oder Fachschüler) halten die Übereinkunft für „befriedigend“.

Den CDU-Anhängern fällt der Abschied vom Berlin-Mythos offenbar am schwersten. Während nahezu alle SPD-Sympathisanten (90 Prozent) Ost-Berlin-Besuche höher schätzen als West-Berlin-Sitzungen des Bundestages, sind es unter den CDU-Wählern nur 61 Prozent. Nur jeder dritte Unionsfreund hält die Berlin-Regelung für befriedigend — im SPD-Anhang sind es 84 Prozent —, und an einen positiven Ausgang der zwischendeutschen Gespräche glaubt im Gegensatz zu den SPD-Wählern (69 Prozent) nur jeder vierte CDU-Anhänger (26 Prozent).

Derlei Pessimismus läßt die Unionsgemeinde denn wohl auch eher fürchten (55 Prozent) als SPD-Genossen (14 Prozent), die Lage der Stadt werde sich „in den nächsten Jahren“ verschlechtern. Zur Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau nach einer befriedigenden Berlin-Regelung sind aber dennoch 40 Prozent der befragten CDU-Wähler bereit. Unter dem SPD-Wahlvolk dagegen gibt es für dieses Gesetz eine starke Mehrheit: 76 Prozent.

Ohne nachhaltigen Eindruck blieb offenbar die Propaganda von Springers Frontstadtblättern gegen das alliierte Abkommen: Die Demoskopien entdeckten bei den Lesern dieser Zeitungen (Berliner Marktanteil: 70 Prozent) Sinn für selbständiges Denken.

So behauptete etwa die „Berliner Morgenpost“ (Auflage: 208 000) am 5. September, das Abkommen „hilft dem Kreml bei seiner langfristigen Strategie“, und die „Welt“ meldete tags darauf „ernste grundsätzliche Bedenken“. Die Infas-Befrager erfuhren jedoch zur selben Zeit, daß dieses Feldgeschrei bei den Adressaten nicht angekommen war. Denn die Stammkunden des Verlegers — rund die Hälfte der Befragten liest nur Springers Zeitungen — unterschieden sich in ihren Antworten kaum von den Lesern anderer Blätter. So glauben zwar elf Prozent der Springer-Abonnenten und vier Prozent der Bürger, die nur andere Zeitungen lesen, die Lage der Stadt habe sich verschlechtert.

Aber gemeinsam mit allen Berlinern halten sie beispielsweise die Berlin-Regelung für befriedigend (62 Prozent), setzen wie ihre Nachbarn auf einen positiven Ausgang der innerdeutschen Gespräche (52 Prozent) und sehen der politischen Entwicklung ihrer Stadt wie diese „zuversichtlich“ entgegen — zu 62 Prozent.

BERLIN

Anderer Klang

Die Rolle, die West-Berlin nach dem Viermächteabkommen spielen kann, ist abhängig vom wirtschaftlichen Wachstum der Stadt. Wirtschafts-senator König möchte Berlin zu einem „London des Kontinents“ machen.

Berlin“, rätselte die „BZ“, „wie wird man dich nun nennen? Gesamtdeutsche Klammer, Drehscheibe... Brücke, Bindeglied, Symbol der Freiheit, Motor der Wiedervereinigung — oder was?“

Die Frage, die der Leitartikler des Boulevard-Blatts im Springer-Hochhaus an der Mauer stellte, bewegt Bonn wie Berliner, seit das Rahmenabkommen der Alliierten dem Westen der Hauptstadt eine neue Rolle zuweist. Denn nun scheint jener Part passé, den Berlin für die westliche Welt jahrzehntelang zu bestreiten hatte: als Bollwerk der freien Völker, als Frontstadt und Renommierstück kapitalistischer Kapazität — das man sich freilich etwas kosten lassen mußte.

Daß das Leben auf Pump, der Status des Unterhaltsberechtigten bei fortschreitender Entspannung in Frage gestellt wird, ist Politikern und Wirtschaftlern der Halbstadt bewußt. Doch umstritten ist, wie und wann die Berliner auch dieser Art von Freiheit teilhaftig werden und was bis dahin geschehen soll, der Metropole Gesundheit zu sichern.

Noch war das Papier der vier Botschafter nicht unterzeichnet, da hatte West-Berlins Senator für Wirtschaft, Dr. Karl König, schon eine Lösung parat: „Was London für die Welt ist,



Wirtschafts-Professor Kisker
„Vakuum zwischen Ost und West“



4x wöchentlich
auf dem
kürzesten Weg
nach Tokio.
Via Moskau.

Wir waren die erste Fluggesellschaft der Welt, die auf der kürzesten Route von Europa via Moskau nach Tokio flog. Wir sind auch die einzige IATA-Fluggesellschaft, die seit mehr als einem Jahr viermal wöchentlich auf dieser schnellsten und bequemsten Route verkehrt. Ab London mittwochs und samstags, ab Paris sonntags und freitags. Ihr IATA-Flugreisebüro oder JAL wird Sie gern beraten.

JAL-Niederlassungen:
Berlin 30, Budapester Str. 26 a
Düsseldorf, Berliner Allee 25
Frankfurt, Kaiserstraße 79
Hamburg, Alsterort 14-16
Stuttgart, Gymnasiumstr. 1
München, Promenadenplatz 3

JAPAN AIR LINES
the worldwide airline of Japan



Eggers & Franke*

kredenz die großen Getränke der Welt.

Zum Beispiel: OLD KENTUCKY RIFLE. Ein Bourbon Whiskey aus Kentucky, dem berühmten Bourbon-Land. Seinen Namen verdankt er der alten Flinte, dem Kentucky Rifle, die den Siedlern vor 200 Jahren so unentbehrlich war wie der Bourbon Whiskey, den sie damit verteidigten. OLD KENTUCKY RIFLE ist ein rechtschaffener Straight Bourbon, der klassischen Cocktails (Manhattan, Old Fashioned, Mint Julep usw.) die unverwechselbare, feine Note gibt. Seine milde, aber kraftvolle Eleganz vermählt sich mit

Ginger Ale, Cola und allen Fruchtsäften zu einem genußvollen Highball. Seine noble Bourbon-Herkunft beweist OLD KENTUCKY RIFLE in unbestechlicher Weise „on the rocks“ — einfach mit Eis.

OLD KENTUCKY RIFLE, Straight Bourbon Whiskey, distilled in Kentucky-USA, Zeugnis auserwählten Geschmacks angeboten von Eggers & Franke

28 Bremen 1, Töferbohm 10



* Eggers & Franke, gegründet 1804, einer der großen deutschen Importeure — die Visitenkarte für prominente Weine und Spirituosen aus aller Welt.

das könnte Berlin für den Kontinent werden.“

West-Berlin, so meint der Sozialdemokrat aus dem Rathaus Schöneberg, könne nunmehr auf lange Sicht zum „internationalen Treffpunkt“ von Handelsleuten und Geistesgrößen, zum Messe- und Kongresszentrum, zum Umschlagort für östliches wie westliches „engineering, consulting und Planen“ und auch zur „Bankenmetropole“ werden — kurz: „zur Drehscheibe zwischen Ost und West“.

Etwas nüchterner blicken Königs Parteifreunde in die Zukunft. So verspricht sich zwar auch Professor Klaus-Peter Kisker, Nationalökonom und Leiter des Instituts für Konzentrationsforschung an der Freien Universität, vom neuen Berlin-Status frische Impulse. Dennoch fürchtet er, daß die Halbstadt zunächst „die Rolle des Kranken weiterspielen wird, an dem sich die Schwächen des kapitalistischen Systems deutlicher als anderswo zeigen“. Berlin, glaubt der Wissenschaftler, werde fürs erste ein „Vakuum zwischen Ost und West“ bleiben.

Zurückhaltender noch gibt sich Heinrich Lummer, Fraktionschef der West-Berliner CDU — wenschon auch er neue Töne vernimmt. „Vielleicht“, sprach er, „kann man es mit Worten nicht sagen. Wir alle hier in Berlin spüren, daß die Freiheitsglocke einen anderen Klang hat.“

Und anders als früher klingt auch, was West-Berliner Bürger sagen: Im Auftrag des SPIEGEL ermittelte das Godesberger Infas-Institut letzte Woche, daß nun nahezu zwei Drittel der Mauer-Anlieger die politische Entwicklung der Stadt „zuversichtlich“ einschätzen (siehe Seite 80).

Solcher Optimismus freilich verdeckt nur die alten Probleme, die das Dasein der Stadt auch nach der Neuordnung belasten. Zwar mag das veränderte Berlin-Bild künftig mehr Neubürger aus dem Westen anziehen und die West-Wanderung von Alt-Berlinern bremsen. Auch könnte die nunmehr von den Sowjets anerkannte Zugehörigkeit der Inselstadt zur Sozial-, Rechts- und Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik die Bereitschaft westdeutscher Unternehmer fördern, mehr Geld in West-Berlin zu investieren.

Doch auch weiterhin bleibt der Standortnachteil West-Berlins — die Lage inmitten der DDR, 35 Flugminuten von Hannover, sieben Autobahnstunden von Frankfurt, 500 Kilometer vom Ruhrgebiet entfernt und seit 1961 vollständig vom natürlichen Hinterland getrennt.

Bisher war Bonn bemüht, diesen Umstand vornehmlich durch Präferenzen und Förderungsmaßnahmen für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer auszugleichen. Seit 1961, dem Jahr des Mauerbaus, pumpte der Bund fast 25



Berliner Rentner
Schwächen des Systems

Milliarden Mark an direkter Finanzhilfe nach West-Berlin.

Mit einem Regen von Subventionen, Steuervorteilen, Beihilfen und Krediten sollte die fast ausnahmslos leistungsschwache Industrie zum Bleiben animiert, die von ständigem Drang zur Westwanderung heimgesuchte erwerbstätige Bevölkerung zur Selbsthaftigkeit angeregt werden.

So bekommt jeder Berufstätige in der Stadt mit der schlechtesten Altersstruktur Deutschlands — 21,2 Prozent sind über 65 Jahre alt — eine staatliche Gefahrenzulage von acht Prozent seiner Bezüge und einen Zuschlag von 22 Mark monatlich für jedes Kind. Zuwandernden Arbeitnehmern werden die Reisekosten (einschließlich Mittagessen unterwegs) ersetzt. Behalten sie ihren Wohnsitz in Westdeutschland, bekommen sie Reisekosten für Wochenendtrips in die Heimat vergütet; übersiedeln sie, werden Umzugskosten, Überbrückungsgeld (bis 750 Mark bei Ledigen) und, wie allen Berlinern, Einrichtungskredite (pro Ehepaar: 10 000 Mark) und Ehegründungsdarlehen (3000 Mark) gewährt.

Alle Visa-Gebühren für den DDR-Transit zahlt ohnehin der Staat, der auch jeden Flug subventioniert und 1970 etwa 68 Millionen Mark Zuschüsse an die drei alliierten Luftfahrtgesellschaften überwies.

Teurer noch als die Arbeitnehmerförderung (etwa insgesamt eine Milliarde Mark im Jahr) sind die Gaben an frontstadtwillige Unternehmer und Geldgeber. Allein eine Milliarde Mark Steuerausfall jährlich kostet die Berliner Mehrwertsteuer-Variante, die es Unternehmern gestattet, ihre Steuerschuld um 4,5 bis sechs Prozent zu kürzen.

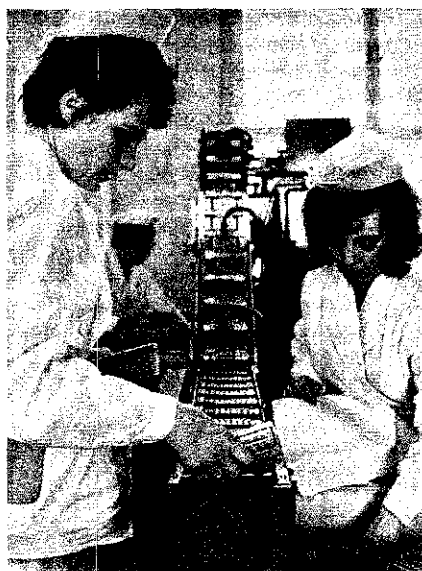
Daneben wuchern Abschreibungsprivilegien und Zulagen. Wollen west-

deutsche Unternehmer beispielsweise eine West-Berliner Filiale im Wert von 20 Millionen Mark gründen, so brauchen sie häufig ihr eigenes Geld kaum anzurühren. Durch rigorose Ausnutzung der Förderungsvorschriften können sich die Industriellen 3,5 Millionen durch die ausgelobten Investitionszulagen beschaffen, und Sonderabschreibungen bringen ihnen einen weiteren Steuervorteil von 8,5 Millionen. Der Rest kann ohne Schwierigkeiten durch Steuerpräferenzen und ERP-Kredite aufgebracht werden, die der Senat zu konkurrenzlosen Bedingungen feilhält.

Für die Glühbirnen-Firma Osram beispielsweise (Slogan: „Hell wie der lichte Tag“) entwickelte der Senat eigens ein „Berliner Modell“: Die Stadtregierung kaufte ein altes Osram-Werk für 18,6 Millionen Mark und überließ es dem vorherigen Eigentümer zur Miete. Osram verpflichtete sich dafür, den Erlös für einen Neubau ebenfalls in West-Berlin zu verwenden.

Auch der Senat und die überbesetzte Berliner Verwaltung sind Kostgänger Bonns. Denn Jahr um Jahr finanziert der Bund etwa 40 Prozent des Berliner Etats, der 1971 mit rund 7,5 Milliarden Mark abschließen soll. An Steuereinnahmen fließen hingegen nur rund zwei Milliarden aus Berlin in die Bundeskasse zurück.

Doch trotz der fetten Subsidien wird die Wirtschaftskraft Berlins im Vergleich zur Bundesrepublik Jahr um Jahr schwächer. Zwar verbreitet der Senat mit Vorliebe Erfolgsstatistiken wie die vom März dieses Jahres, in der die Ansiedlung von „26 neuen Industriebetrieben“ im Jahre 1970 gemeldet wird. Die durchschnittliche Arbeitnehmerzahl pro Betrieb lag hier freilich bei 44; Statistiken über Schließung oder Abwanderung von Betrieben veröffentlicht der Senat nicht — angeblich weil darüber keine Zahlen vorliegen.



Berliner Industriearbeiterin*
Konkurrenzlose Bedingungen

Zahlen hingegen, zumindest für die eigene Branche, nannte die IG Metall. Allein seit 1970 registrierte die Gewerkschaft Schließung, Verlagerung oder Produktionseinschränkung bei 18 Betrieben der Berliner Metallindustrie.

Einen Ausweg aus diesem chronischen Wirtschaftssiechtum suchte bereits 1968 eine vom Berliner Senat beauftragte „Wissenschaftliche Beratungskommission“. In ihrer von den West-Berliner Parteien damals nur widerwillig aufgenommenen Studie (Klaus Schütz: „Es ist sehr schwer, mit dem Ergebnis... praktisch zu arbeiten“) hatten die Berater in Denkmodellen bereits den derzeitigen Zustand durchgespielt.

So waren die Professoren (Polit-Prognose: „Der Status quo kann allenfalls kurzfristig aufrechterhalten werden“) zu dem Schluß gekommen, das wirtschaftliche und politische Überleben West-Berlins sei nur durch Vereinbarungen mit der DDR und den Sowjets — ähnlich dem nunmehr vorliegenden Rahmenabkommen — zu erreichen. Erst dann würde die bundesdeutsche Subventions-Politik „stärker als bisher durchschlagen“.

Erste Indizien für eine neue Durchschlagskraft sieht West-Berlins Wirtschaftssenator Karl König nun zum Beispiel in der Zusage der Rauchwaren-Händler, eine internationale Messe nach West-Berlin zu verlegen: „Seit drei Jahren bemühe ich mich um eine Pelzbörse. Jetzt kommen die Herren.“

Und auch Herren von jenseits der Mauer finden sich ein. Bei der Funkausstellung (600 000 Besucher) zeigten sowjetische Aussteller bereits ihre Radios; Ostblockländer werden mit Zuchtbullen zur Grünen Woche wie mit Zobeljacks zur Modemesse „Interchic“ erwartet.

Umgekehrt, glaubt der Senator, werde auch die Einrichtung des sowjetischen Generalkonsulats den Osthandel in Fluß bringen. König: „West-Berliner Unternehmer konnten doch bisher keine Kontakte zu Moskau haben, ohne sich gleich des halben Landesverrats verdächtig zu machen.“

Intensiver Osthandel wäre freilich nur ein erster Schritt zur Gesundung der West-Berliner Wirtschaft. „Unter der Voraussetzung einer politisch krisenfreien Entwicklung“, so deutet König die nächste Phase an, könnte es „leichter werden, planerische Elemente in der Wirtschaftspolitik zunehmend zu berücksichtigen“.

Königs Genosse Kisker („Der Zeitpunkt für eine Neu-Orientierung ist günstig“) sagt es drastischer: „Ein Teilabbau der generellen Subventionen und damit ein Verzicht auf die nur so am Leben gehaltenen Unternehmen ist nötig.“ Denn: „Wenn wir mit der bisherigen Präferenz-Politik weitermachen, dann wird auch die Berlin-Regelung keinen Fatz ändern.“

* Bei der Produktion von Antibaby-Pillen in der Schering AG.